

## Touadéra, Wagner und Bancroft: Kalter Krieg neu in Bangui?

(*jeune afrique*, 30.1.2024)

Die Zentralafrikanische Republik ist ein Binnenstaat, im „Herzen Afrikas“, am Übergang von den offenen Savannengebieten zur Waldzone; das Land ist verkehrsmässig vor allem über die Flüsse zum Kongo hin aufgeschlossen, was auch für die koloniale Benennung des Territoriums massgeblich war: „Oubangi-Chari“. Der Siedlungsraum, den der heutige Staat umfasst, ist mit rund 617.000 km<sup>2</sup> grösser als die Iberische Halbinsel, die Einwohnerzahl jedoch, etwa 5,5 Millionen im Jahr 2023 entspricht etwa dem 1,5-fachen von Madrid. In vorkolonialer Zeit wurde ein Teil des Territoriums durch den Staat der Zande und durch islamische Feudalreiche im Tschadseegebiet beherrscht. Der Rest gliederte sich in kleine politische Einheiten unterschiedlicher Beschaffenheit.

Wie andere zentralafrikanische Gebiete war Oubangi-Chari dem Raubkolonialismus der kolonialen Handelsgesellschaften ausgeliefert, die an Brutalität die Sklavenjäger, die dem Kolonialismus vorausgegangen waren, bei Weitem übertrafen. Erst Ende der 1920er Jahre beendete die Erkenntnis, dass die Entvölkerung des Landes mittel- und langfristig eine kolonialwirtschaftliche Nutzung unmöglich machen würde, die Periode des „Raubkolonialismus“.

Neben den Kolonialgesellschaften liessen sich Franzosen (*colons*) nieder, die als Farmer, Händler und Gewerbetreibende tätig waren. Zwangsanbau von Baumwolle, aber auch der Abbau von Gold und Diamanten prägten die 1930er Jahre. In die Bildung und Modernisierung der Gesellschaften investierten die Franzosen wenig.

Die koloniale Gesellschaft war geprägt durch die konservativ bis reaktionären *colons*; die kleine einheimische Elite, ebenso konservativ ausgerichtet, entwickelte ihre politische Tätigkeit unter Kontrolle der Kolonialfranzosen. Typische Beispiele dafür sind sowohl Barthélemy Boganda, der die nationale Politik bis zur Unabhängigkeit bestimmte, wie der Unteroffizier Jean Bedel Bokassa, der sich selbst zum Kaiser von Zentralafrika beförderte.

Boganda lehnte in der spätkolonialen Phase ebenso wie Senghor in Senegal die „Balkanisierung Afrikas“ ab und strebte eine Unabhängigkeit des Landes im Rahmen einer Zentralafrikanischen Föderation an; das Projekt scheiterte nicht zuletzt am Widerstand Gabuns (und seiner *colons*). Sein Nachfolger David Dacko führte die bereits begonnene Konzentration der politischen Macht auf den Staatschef weiter. Er beging allerdings den Fehler, seinen Armeechef Bokassa zu unterschätzen. Der Präsidialdiktatur folgte eine Militärdiktatur und dieser ein Kaiserreich. Das unappetitliche Ende des Kaiserreichs brachte keine klaren Verhältnisse und bis heute keine funktionierende Demokratie, obwohl – oder gerade weil – seit Anfang der 1990er Jahre zahlreiche Parteien um die politische Macht streiten und Nachbarstaaten so wie Staaten des Nordens (vor allem Frankreich) immer wieder eingreifen.

Wirtschaftlich war die spätkoloniale Phase durch eine Zunahme des französischen Kapitals gekennzeichnet. Fünf grosse Firmen und etwa 120 kleine, lokale Unternehmen in französischer Hand dominierten die landwirtschaftliche Produktion, den Handel und den Transport sowie den Minensektor. Sie verfügten über die einschlägigen Lizenzen und schlossen nichtfranzösisches Kapital genau aus wie eine einheimische Wirtschaftsbeteiligung. Erst mit der „Vertreibung“ Frankreichs in den 1990er Jahren drang auch im Wirtschaftsbereich anglo-amerikanisches Kapital ein, und nach der Jahrhundertwende wuchs der Einfluss Chinas und Russlands.

Während die Baumwollproduktion im ersten Jahrzehnt der Unabhängigkeit wertmässig nur leicht zunahm, stieg die Kaffeeproduktion und vor allem der Export von Diamanten. Ihr Anteil an den Ausfuhren betrug aufgrund der Freigabe der

Schürfrechte Mitte der 1960er Jahre 54%. Die Erschliessung der Holzvorräte und weiterer Bodenschätze brachten auch in diesen Bereichen eine Zunahme der Produktion. Was immer das Land unternahm, um seine Wirtschaft anzukurbeln, so erwiesen sich drei Faktoren als besonders hinderlich: die extreme Binnenlage, das Fehlen einer einheimischen Unternehmerschicht und die Bürokratenkaste, die den Staat im eigenen Interesse mehr schlecht als recht verwaltete.

Der Beamtenapparat war zunehmend nur noch durch Subventionen des französischen Staats zu finanzieren und französische *coopérants* nahmen die Schlüsselstellungen in der Verwaltung ein. Die Politik war, nachdem 1976 französische Truppen Bokassa zur Abdankung gezwungen hatten, durch ständige Eingriffe Frankreichs bestimmt. Auf Bokassa folgte David Dacko. Seine Stärke beruhte auf den französischen Militäreinheiten, die in Bangui stationiert waren, und dementsprechend wurde er sofort zum Ziel oppositioneller Angriffe. Er überliess Ende August 1981 seinen Posten dem Armeechef André Kolingba. Kolingba geriet zunehmend unter Druck von aussen und innen. Die internationalen Geldgeber verlangten eine politische Öffnung ebenso wie die heimische Opposition.

Streiks und Proteste wurden immer häufiger. Dem Staat fehlte das Geld um Beamte und Militärs zu bezahlen. Die Forderung nach Demokratisierung veranlasste den Präsidenten und die Regierungspartei im August 1992 einen „*Grand débat national*“ einzuberufen, der jedoch weitgehend erfolglos blieb. Zahlreiche neue Parteien rund um die alten Politiker, garnierten die folgende politische Diskussion, aus der 1993 Wahlen resultierten. Ange-Felix Patasse, der knappe Sieger der Präsidentenwahlen, konnte sich im Parlament anfangs auf einen breiten Parteienblock stützen (*Mouvance Présidentielle*). Die Opposition stellte die frühere Einheitspartei RDC und Abel Goumbas Patriotische Fortschrittsfront (FPP, *Front Patriotique pour le Progrès*). Der neue Präsident erwies sich aber in der Folge als wenig kooperativ.

Patasse hatte eine bankrotte Wirtschaft und eine destabilisierte (zunehmend städtische) Gesellschaft übernommen: 10 Monate Rückstand in der Bezahlung der Staatsangestellten, die Abwertung des Franc CFA (mit den daraus folgenden Preiserhöhungen) und die Strukturanpassungsforderungen der Weltbank brachten Konflikte mit der Bevölkerung und vor allem mit der Armee. Es kam immer wieder zu Protesten und Meutereien. Obwohl bei den Aufständen zahlreiche Menschen umgekommen waren, vereinbarten Präsident und sein Vermittlungsteam Amnestien für alle Beteiligten. Damit setzte das Regime seine Politik fort, Verfehlungen (Korruption, Menschenrechtsverletzungen) zwar anzuprangern, aber angekündigte Verfahren nicht einmal einzuleiten. Frankreich zog sich gegen Ende der 1990er Jahre erfolglos zurück und überliess das bankrotte und durch Konflikte zerrissene Land internationalen „Friedenstruppen“.

2001 entliess Patasse seinen Armeechef François Bozizé, der daraufhin mit Unterstützung des Tschad die Einnahme von Bangui versuchte. 2003 musste Patasse abdanken und an seine Stelle trat Bozizé, der es schaffte sich 2005 in Wahlen bestätigen zu lassen. Seine Regierungszeit bis zum Sturz 2013 war geprägt durch bewaffnete Konflikte im Norden, häufige Regierungsumbildungen und (Friedens)abkommen mit Oppositionsgruppen sowie die Notwendigkeit, die staatlichen Finanzen durch externe Geber abzusichern.

Seit der Regierungszeit Kolingbas erhielten ethno-regionale Herkunft und Neütismus einen gewichtigen Stellenwert in der Politik. Immer häufiger beteiligten sich auch Kampfeinheiten aus Nachbarländern an den bewaffneten Auseinandersetzungen. Umgeben von Staaten, die ebenso durch innere Konflikte zerrissen wurden, wurde Zentralafrika nach 2000 zu einem Staat, in dem kaum noch etwas funktionierte. Die „Friedenstruppen“ im Auftrag der UNO bzw. der Zentralafrikanischen Gemeinschaft CEMAC wurden vielmehr, statt zu einer Lösung beizutragen, Teil des Problems.

Im Dezember 2012 übernahm eine „Koalition“ (Séléka) mehrerer Rebellen Gruppen die Kontrolle weiter Teile der nördlichen und mittleren ZAR, besetzte schliesslich auch Bangui und Präsident Bozizé flüchtete im März 2013 nach Kamerun. Der Terror der von ihrer Führung nicht mehr kontrollierbaren Rebellen Gruppen löste eine Gegenbewegung südlicher Milizen aus. Die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen diesen „christlichen“ Anti-balaka und der islamischen Seleka forderten tausende Menschenleben und trieben Zehntausende in die Flucht. Im Dezember 2013 begannen die Franzosen ihre „Operation Sangaris“, die im April 2014 durch die UNO fortgesetzt wurde (*Mission multidimensionnelle intégrée des Nations unies pour la stabilisation en Centrafrique*, Minusca). Im Juni 2017 kam es zu einem Friedensabkommen, aber die Auseinandersetzungen gingen weiter.

Nach zwei ÜbergangspräsidentInnen (Selekaführer Michel Djotodia und Catherine Samba-Panza) übernahm der Universitätsprofessor Faustin-Archange Touadera 2016 in einer Wahl das Amt des Präsidenten und wurde 2020 wiedergewählt. Dass damit Stabilität in Politik und Gesellschaft von ZAR eingekehrt ist, lässt sich nicht feststellen. Touadera versucht nicht nur durch eine Verfassungsänderung seine Präsidentschaft zu verlängern, sondern auch die starken Bindungen an Russland und Rwanda mittels eines US-amerikanischen Söldnerunternehmens (*Bancroft Global Development*) abzuschwächen. Der fremde Einfluss wird nicht kleiner. Rund 18.500 Personen umfasst die *United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission in the Central African Republic* (MINUSCA), in der Militärpersonen aus Rwanda das grösste Kontingent stellen.

Juan Branco berichtete 2018 in *Le Monde Diplomatique*: „Die internationale Mission [...] produziert immer häufiger Skandale. Die offiziellen Berichte legen Mängel offen, die Unfähigkeit die Bevölkerung zu beschützen und die mangelnde Ausbildung der Einsatzkräfte. [...] Soldaten verschiedener Nationen mussten das Land aufgrund von Waffenhandel, sexueller Übergriffe, Tötungsdelikte oder Pädophilie verlassen. [...] Die Experten der UNO lösen einander in rascher Folge ab. Sie erhalten 500 Dollar pro Tag und produzieren stereotype Berichte, die niemand liest, über ein Land, das sie niemals bereist haben.“

Die Weltbank schätzte 2023, dass mehr als zwei Drittel der Einwohner in extremer Armut leben; 2022 nahm die ZAR Platz 188 unter den 191 Staaten des *Human Development Index* ein. Laut UNHCR gibt es 2023/24 725.900 zentralafrikanische Flüchtlinge in Nachbarländern und 500.000 Vertriebene im Land selbst. Dennoch behaupten die Experten der Bretton Woods Organisationen immer wieder: alles wird besser.